

Unterschiedliche Empfehlungen

Karl-Heinz Dignas, Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 84, 02.11.1971, Seite

Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, geben fünf wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute ihre „Gemeinschaftsdiagnose“ heraus. Noch mehr als sonst war man diesmal in der Öffentlichkeit und bei den politischen Stellen auf die Ergebnisse der Konjunkturforscher gespannt. Denn diese Gemeinschaftsdiagnose enthält üblicherweise nicht nur eine Diagnose der augenblicklichen Wirtschaftslage, sondern auch eine Prognose der zukünftigen Entwicklung, und was für die wirtschaftspolitischen Instanzen noch wichtiger ist: konjunkturpolitische Empfehlungen und in der Diagnose versteckt Lob oder Tadel für die Konjunkturpolitik der Vergangenheit. So hofft die Regierung auf die Bestätigung ihrer Politik, die Opposition erwartet Kritik an die Maßnahmen der Regierung, die Tarifparteien finden in der Gemeinschaftsdiagnose je nach Interessenlage Bestätigung oder Widerlegung ihrer Argumente, und die privaten Unternehmen und Haushalte suchen in dem Gutachten Orientierungsdaten für ihr zukünftiges Verhalten. Daß die Gemeinschaftsdiagnose nicht alle dieser häufig entgegengesetzten Interessen befriedigen kann, liegt auf der Hand. So fühlen sich auch diesmal die einen bestätigt, die anderen widerlegt.

Wie sieht nun die Wirtschaftslage nach Meinung der Institute aus, was kann man vom nächsten Jahr erwarten und welche konjunkturpolitischen Maßnahmen sollten ergriffen werden?

Die Diagnose fällt einheitlich aus. Die Konjunktur befindet sich eindeutig in der Phase der Entspannung: die Auslandsnachfrage geht zurück, die unternehmerische Investitionsneigung hat sich stark abgekühlt, die Produktion stagniert, die Kapazitätsauslastung der Industrie ist merklich abgesunken, die Lage am Arbeitsmarkt entspannt sich zusehends, die Einkommens- und Verbrauchsexpansion verlangsamt sich. Im Gegensatz dazu ist der Preisauftrieb immer noch beträchtlich, was aber mit Sicherheit nicht als Symptom eines wirtschaftlichen Booms gedeutet werden kann.

Eine quantitative Prognose der Wirtschaftsentwicklung für das kommende Jahr ist nach Meinung der Institute diesmal besonders schwierig, weil die beträchtliche Diskrepanz zwischen der Preis- und Produktionsentwicklung es zur Zeit noch offen erscheinen läßt, wann sich die Regierung zu einer Änderung des konjunkturpolitischen Kurses veranlaßt sehen wird. Deshalb wird eine Status-quo-Prognose abgegeben, was bedeutet, daß mögliche konjunkturpolitischen Maßnahmen nicht in die Prognose aufgenommen werden.

Im einzelnen wird für 1972 prognostiziert ein anhaltender Rückgang der Investitionsneigung der Unternehmen (Abnahme der Ausrüstungsinvestitionen um preisbereinigt etwa 7 % nach Zuwächsen von 5,5 % 1971 und sogar 18 % 1970); ein nur noch bescheidener Anstieg des privaten Verbrauchs um real 2 % gegenüber 5,5 % 1971 und 7 % 1970; wahrscheinlich eine Stagnation der ausländischen Nachfrage; ein Anstieg des realen Bruttosozialproduktes um nur noch 1 % gegen 3 % 1971 und 5,4 % 1970 und ein merkliche Rückgang der Industrieproduktion; eine deutliche Abnahme der Zahl der Beschäftigten. Trotz dieser prognostizierten wirtschaftlichen Stagnation werden nach Meinung der Konjunkturforscher die Preissteigerungen im Bereich des privaten Verbrauchs immer noch 4,5 % betragen gegenüber augenblicklich fast 6 %.

Während die Forschungsinstitute in Diagnose und Prognose der Wirtschaftslage einer Meinung sind, gibt es über das, was man konjunkturpolitisch machen sollte, zwei unterschiedliche Meinungen. Für vier Institute ist die Verhinderung einer Rezession das konjunkturpolitische Nahziel. Konsequenterweise treten sie deshalb auch für Expansionsmaßnahmen wie baldige Rückzahlung des Konjunkturzuschlages, sofortige Aufhebung der Haushaltssperren für Tiefbauaufträge und eine Freigabe von Mindestreserven in Verbindung mit einer expansiven Offenmarktpolitik der Bundesbank ein. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI) dagegen rät, mit der Lockerung so lange zu warten, bis die noch weit verbreitete Inflationsmentalität gebrochen ist. Dafür müßte man, so das RWI, notfalls eine stärkere Konjunkturabschwächung in Kauf nehmen.

Diese unterschiedlichen Meinungen über die Therapie zeigen eines ganz klar, was viele einfach nicht wahrhaben wollen: es gibt keine „objektiv richtige“ Konjunkturpolitik. Die Wissenschaft kann nur Hilfestellung geben. Die Entscheidung darüber, was getan werden muß, können die Konjunkturforscher den Politikern nicht abnehmen. Die Politiker müssen 1972 nach der Prognose der Institute die sozialen Kosten und Erträgen eines Mehr an Beschäftigung und eines Weniger an Preisstabilität auf der anderen Seite gegenüberstellen und sich für eine dieser Alternativen entscheiden.

Leider kommt diese Trennung von Analyse und Werturteilen auch bei der Gemeinschaftsdiagnose nicht genügend deutlich heraus. Es wäre für den Konsumenten von Diagnosen, Prognosen und konjunkturpolitischen Empfehlungen bedeutend aufschlußreicher, wenn die wissenschaftlichen Produzenten ihrer Werturteile offen auswiesen, von denen sie ausgehen. Denn anzunehmen, daß sie keine haben, wäre ein Illusion. So hindert diesmal nur der „Zufall“ unterschiedlicher Zielpräferenzen bei den Konjunkturforschern die Interessenten daran, die Wissenschaft insgesamt vor den Karren ihrer Interessen zu spannen. Die Politik bleibt deshalb frei von dem häufig gegebenen Zwang, bestimmte Maßnahmen nur deswegen ergreifen zu müssen, weil „objektive“ Wissenschaftler aus der Sicht ihrer Werturteile dafür plädieren. Auch der Umstand, daß im vorliegenden Fall die überwiegende Mehrheit der Institute für expansive Maßnahmen plädiert, sagt noch nichts über die „Richtigkeit“ dieser Meinung aus. Die Institute haben aber ganz klar herausgestellt, wohin die Reise nach ihrer Meinung geht, wenn nichts geschieht. Die Regierung muß bald Farbe bekennen, wie sie sich entscheiden wird. Ihre bisherige Haltung und Ausführung von Bundesfinanz- und -wirtschaftsminister Schiller sprechen dafür, daß sie zumindest im jetzigen Zeitpunkt eher eine Politik des Abwartens favorisiert. Andererseits ist nicht anzunehmen, daß gerade diese Regierung hohe Arbeitslosenzahlen als Preis für eine schnelle Stabilisierung des Preisniveaus in Kauf nehmen wird. Man wird gespannt sein, wie sich die wirtschaftspolitischen Instanzen aus diesem Dilemma befreien werden.